



Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern: Ein beschäftigungspolitischer Beitrag	203
Zum mittelfristigen Bedarf an Lehrern in der Bundesrepublik Deutschland	210
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 11/98

Berlin

A. Ex

12. März 1998

65. Jahrgang

Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern: Ein beschäftigungspolitischer Beitrag

Existenzgründungen werden in den alten und neuen Bundesländern durch vielfältige wirtschaftspolitische Fördermaßnahmen unterstützt. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes wird die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit durch Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen auch durch Instrumente der Arbeitsmarktpolitik des Bundes flankiert. Zusätzlich sehen die Arbeitsmarktprogramme der einzelnen Bundesländer eine spezifisch gestaltete finanzielle Unterstützung und/oder Qualifizierung für diese Existenzgründer vor, mit denen die besonderen Eintrittsschwierigkeiten in die Selbständigkeit gemildert werden sollen.

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern hat das DIW federführend in Kooperation mit dem Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen e.V. (Söstra) im Auftrag des dortigen Sozialministeriums eine umfragegestützte Evaluierung der Förderung von Existenzgründern nach dem arbeitsmarktpolitischen Programm des Landes vorgenommen. Ausgewählte Ergebnisse werden hier vorgelegt.¹

Existenzgründungen in Mecklenburg-Vorpommern ...

Der Übergang in die Selbständigkeit erfolgte in Mecklenburg-Vorpommern — wie in allen neuen Bundesländern — besonders rasant in den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung. Die danach einsetzende — anfangs starke — Abflachung des Gründungsgeschehens hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Etwa die Hälfte aller Gründungen wurde im Handel und im Gastgewerbe durchgeführt. Damit hatte das Gründungsgeschehen in diesen Wirtschaftsbereichen in Mecklenburg-Vorpommern ein deutlich stärkeres Gewicht als in den anderen neuen Bundesländern. Gleichwohl lag der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern nach den Angaben des Mikrozensus 1995 mit 7 % um rund 3 Prozentpunkte unter der Selbständigenquote in den alten Bundesländern.² Das Handwerk kam in der Region auf einen Anteil von rund 15 %. Im Dienstleistungsbereich und im Handwerk ist die

Dichte der alten Bundesländer erreicht bzw. bereits übertroffen worden. Anders sieht es dagegen im industriellen Bereich aus: Hier wurden in Mecklenburg-Vorpommern nur rund 3 % aller Gewerbeanmeldungen — und damit weitaus weniger als in jedem anderen neuen Bundesland — vorgenommen.

¹ Das Gutachten „Evaluierung der Förderung von Existenzgründern nach dem Programm 'Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern' (AVM) und dem Nachfolgeprogramm 'Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern' (AQMV)“, bearbeitet von Kornelia Hagen, Maritta Bernien und Vera Dahms, wird demnächst in den Forschungsberichten zur Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 2/1998, veröffentlicht.

² Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen in Mecklenburg-Vorpommern (Mikrozensus), April 1995. In: Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern, Heft 1/1997, S. 9-32.

Nach dem Betriebspanel des IAB waren 1996 zwei Drittel aller Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern neugegründete Existenzen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; der Anteil ehemaliger Treuhandbetriebe an allen Betrieben des Landes lag nur noch bei 7 %.³ Gemessen an der Zahl der Beschäftigten sind die Existenzgründungen im Durchschnitt deutlich kleiner als die aus der Treuhand hervorgegangenen Betriebe. Letztere beschäftigten 1996 im Durchschnitt 33 Arbeitskräfte, neugegründete Unternehmen dagegen lediglich 11 Personen. Arbeitsplätze sind dabei vor allem von neuen Selbständigen geschaffen worden, deren Umsatz von 1994 bis 1996 insgesamt um 5 % stieg, während er in den Treuhandbetrieben um 3 % zurückging.⁴

... und ihre arbeitsmarktpolitische Förderung

In Mecklenburg-Vorpommern können Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen nach dem landeseigenen arbeitsmarktpolitischen Programm „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ (AMV) und dessen Nachfolgeprogramm „Arbeit und Qualifizierung für Mecklenburg-Vorpommern“ (AQMV) seit 1992 für die Gründung einer Existenz eine nicht rückzahlbare Zuwendung beantragen, die aus Mitteln des Landeshaushalts und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wird. Gegenwärtig wird diese Förderung bis zu 13 000 DM pro Existenzgründer für längstens ein Jahr gewährt; das bisherige Fördervolumen beträgt insgesamt 7,6 Mill. DM.

Die Evaluierung dieser Förderung ist mit dem Ziel durchgeführt worden, sozio- und berufsbiographische Strukturmerkmale über die Geförderten zu ermitteln, den Umfang der durch die Förderung direkt geschaffenen Arbeitsplätze sowie der durch die Geförderten geschaffenen weiteren Arbeitsplätze abzuschätzen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Selbständigen zu beurteilen und Handlungsempfehlungen zur weiteren Gestaltung der Existenzgründerförderung abzuleiten. In der vom DIW und von Söstra dazu durchgeführten schriftlichen Befragung wurden alle nach dem Landesprogramm von 1992 bis April 1997 bewilligten 1 169 Förderfälle berücksichtigt. Von nahezu der Hälfte der Geförderten konnten die benötigten Informationen gewonnen werden.

Inanspruchnahme der Förderung ...

... nach soziodemographischen und berufsbiographischen Merkmalen

An der Befragung waren Frauen mit gut einem Drittel — etwa zu dem Anteil, den sie laut Mikrozensus in Mecklenburg-Vorpommern an allen Selbständigen erreichten — in etwas stärkerem Ausmaß beteiligt, als es ihrem Anteil an den Geförderten insgesamt entsprochen hätte. An der altersgruppenspezifischen Arbeitslosenquote gemessen, waren junge Existenzgründer (unter 25 Jahre) und mehr noch ältere (über 50 Jahre) in der Förderung sowie in der Befragung schwächer vertreten.

Tabelle 1

Geförderte und Beteiligung an der Befragung nach dem Verbleib der Geförderten

	in Personen	in %
Geförderte insgesamt	1 169	100,0
Beteiligung an der Befragung insgesamt	575	49,2
Beteiligte Geförderte nach dem Verbleib in der Selbständigkeit	575	100,0
Selbständigkeit	558	97,0
dar. Scheinselbständigkeit	15	2,6
Geschäftsaufgaben	17	3,0

Quelle: Befragung vom DIW und von SÖSTRA im Frühsommer 1997.

Gut vier Fünftel der Geförderten waren vor der Gründung ihrer selbständigen Existenz arbeitslos. Nur jeweils eine kleine Gruppe wechselte aus einem Arbeitsverhältnis, das unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht war (10 %), oder aus einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (5 %) in die Selbständigkeit. Weniger als 2 % der Befragten erhielten die Förderung, weil sie vor der Existenzgründung wegen der Inanspruchnahme von Erziehungszeiten keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren.

Der Befragung zufolge hatten fast alle Geförderten eine abgeschlossene berufliche Ausbildung (99 %). Fast ein Viertel von ihnen verfügte über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluß. Dies entspricht weitestgehend dem Ergebnis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) über die Qualifikation der neuen Selbständigen in Ostdeutschland.⁵

Eine Verteilung nach Berufsklassen zeigt, daß die geförderten Existenzgründer ihre Ausbildung vor allem als Schlosser, Mechaniker, Landwirt, Elektriker oder in einem Bauberuf abgeschlossen hatten. Bei den Gründerinnen war das berufliche Ausgangsniveau insgesamt nicht so breit gefächert wie bei den Männern. Hier dominierten aus-

³ Das IAB führt in den alten Bundesländern seit 1993 Erhebungen für das Betriebspanel durch. Das Panel erfaßt die Unternehmen repräsentativ nach ihrer Betriebsbiographie. 1996 wurde das Panel erstmals auch auf Ostdeutschland übertragen. Eine Kofinanzierung dieser Erhebung durch die neuen Bundesländer — mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt — ermöglicht nunmehr auch eine regionalisierte Auswertung des Panels, die von Söstra vorgenommen wird. Vgl. Jürgen Wahse, Vera Dahms, Reinhard Schaefer: IAB-Betriebspanel — Länderbericht Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse der ersten Welle 1996, Berlin 1997, S. 12.

⁴ Vgl. Jürgen Wahse, a.a.O., S. 56 f.

⁵ Das SOEP ist eine vom DIW durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung von über 13 000 Personen im Alter von 16 Jahren oder älter in Privathaushalten in West- und Ostdeutschland. Vgl. ‚Neue Selbständige‘ in Deutschland in den Jahren 1990 bis 1995. Bearb.: Markus Pannenberg. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/1997, S. 752 ff.

Tabelle 2

Geförderte Selbständige nach soziodemographischen und berufsbiographischen Merkmalen sowie Geschäftstätigkeiten nach dem Standort, dem Wirtschaftsbereich und der Lebensdauer

	in Personen	in %
Geförderte Selbständige insgesamt ¹⁾	558	100,0
<i>Nach dem Geschlecht</i>		
Männer	358	64,2
Frauen	200	35,8
<i>Nach dem Alter</i>		
Unter 25 Jahre	19	3,4
25 bis unter 50 Jahre	460	82,4
50 Jahre und älter	76	13,6
Keine Angaben	3	0,5
<i>Nach der beruflichen Qualifikation</i>		
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung/keine Angabe	6	1,1
Mit abgeschlossener Berufsausbildung	552	98,9
Facharbeiter	197	35,7
Meister/Techniker	155	28,1
Fachschulabsolventen	68	12,3
Fachhochschul-/Hochschulabsolventen	95	17,2
Keine Angaben	37	6,7
<i>Nach der beruflichen Vorerfahrung</i>		
Selbständigkeit in dem vormals überwiegend ausgeübten Berufsbereich	401	71,9
darunter:		
Facharbeiter	126	31,4
Fachhochschul-/Hochschulabsolventen	64	16,0
Selbständigkeit in einem anderen als dem vormals ausgeübten Berufsbereich	152	27,2
Keine Angaben	5	0,9
<i>Nach dem Wirtschaftsbereich²⁾</i>		
Landwirtschaft	67	12,0
Handwerk	308	55,2
Sonstiges produzierendes Gewerbe	11	2,0
Einzelhandel	51	9,1
Dienstleistungen	106	19,0
Sonstiger Wirtschaftsbereich/Keine Angaben	15	2,7
<i>Nach dem Standort</i>		
Region mit unterdurchschnittl. Arbeitslosigkeit	278	49,8
Region mit überdurchschnittl. Arbeitslosigkeit	257	46,1
Keine Angaben	23	4,1
<i>Nach dem Gründungsjahr des Unternehmens</i>		
1992	26	4,7
1993	44	7,9
1994	70	12,5
1995	142	25,4
1996	254	45,5
1997	7	1,3
Keine Angaben	15	2,7

¹⁾ Ohne Teilnehmer an der Befragung, die ihre Geschäftstätigkeit wieder aufgegeben haben. — ²⁾ Zuordnung zu den Wirtschaftsbereichen durch die Befragten.

Quelle: Befragung vom DIW und von SÖSTRA im Frühsommer 1997.

gebildete Verkäuferinnen, Körperpflegerinnen, Gästebetreuerinnen und Schneiderinnen.

Neben der formalen beruflichen Qualifikation ist eine fundierte berufliche Erfahrung der Gründerperson in dem Berufsbereich und in der Branche, in der die Gründung vorgenommen wird, eine wesentliche Voraussetzung für die betriebliche Überlebensfähigkeit. Mehr als zwei Drittel der hier untersuchten Existenzgründer hatten einschlägig verwertbare Berufserfahrungen. Weitaus am häufigsten nahmen Meister und Techniker eine selbständige Geschäftstätigkeit in ihrem vormals ausgeübten Beruf auf (92 %), hingegen traf dies nur für 63 % der Fachhochschulabsolventen zu. Erheblich häufiger als Männer gründeten Frauen in berufsfremden Bereichen.

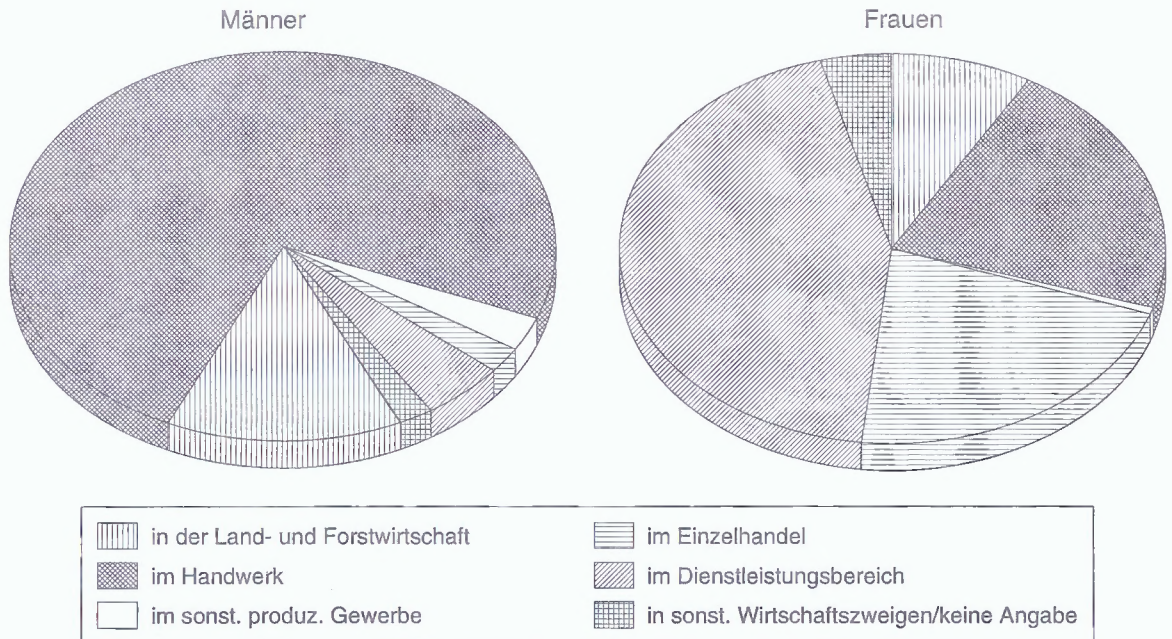
... nach dem Wirtschaftsbereich und dem Standort der aufgenommenen Geschäftstätigkeit

Nach den bis Ende 1997 geltenden Förderrichtlinien konnten im Untersuchungszeitraum Einzelpersonen und Personengesellschaften gefördert werden, die in Mecklenburg-Vorpommern einen landwirtschaftlichen, einen Handwerks- oder handwerksähnlichen Betrieb oder ein Gewerbe im sonstigen produzierenden Bereich gründeten. Zudem erhielten Frauen aufgrund ihrer hohen Betroffenheit von der Arbeitslosigkeit auch eine Zuwendung für eine Existenzgründung im stationären Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich außer im Finanz-, Versicherungs- und Maklergewerbe. Freiberufler waren von einer Existenzgründerförderung gänzlich ausgeschlossen.

Die Verteilung nach diesen Wirtschaftsbereichen zeigt, daß mehr als die Hälfte aller Geförderten im Handwerk tätig geworden war, die meisten davon im Bau- und Ausbaugewerbe und dabei insbesondere im Bereich der Montage von Bauelementen und Elektroinstallationen. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich der Reparatur von Kraftfahrzeugen. Fast ausnahmslos handelte es sich dabei um männliche Gründer. Im sonstigen produzierenden Gewerbe nahmen lediglich 2 % der Geförderten eine selbständige Tätigkeit auf. Nicht ganz ein Viertel der Befragten war im Dienstleistungsbereich tätig geworden, insbesondere in der Gastronomie und im Hotelgewerbe. In höherem Ausmaß wurden darüber hinaus auch Kosmetik- und Friseursalons und Wäschereien/Reinigungen eröffnet. Im Handel nahmen Frauen vor allem im Bereich Textil und Bekleidung eine selbständige Geschäftstätigkeit auf (10 %).

Regionen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit waren — mit 54 % aller Förderfälle — etwas stärker repräsentiert. Auf 10 000 Einwohner der potentiellen Gründerpopulation — diese umfaßt die Altersgruppe der 20- bis 50jährigen — sind in solchen Regionen neun Existenzen aus Mitteln des Sozialministeriums gefördert worden, in Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit waren es lediglich sechs.

Geförderte Selbständige nach dem Geschlecht sowie nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Zuordnung zu den Wirtschaftsbereichen durch die Befragten.
Quelle: Befragung vom DIW und von SÖSTRA im Frühsommer 1997.

DIW 98

Gründungsmotive, Vorbereitung auf die Existenzgründung und Probleme in der Gründungsphase

Das überwiegende Motiv für die Existenzgründung waren schlechte Arbeitsmarktchancen. Trotzdem nahmen die meisten dieser Geförderten ihre Selbständigkeit in ihrem ehemaligen Berufsbereich wieder auf. Nicht ganz die Hälfte aller Geförderten hatte für die Existenzgründung an einer spezifischen Qualifizierung teilgenommen. In Anspruch genommen wurden dabei vor allem Dienste von Unternehmensberatern, Banken oder Kammern (40 %) wie auch organisierte oder informelle Erfahrungsaustausche mit anderen Gründern (38 %). Seminare über Unternehmensführung besuchte gut ein Fünftel derjenigen, die sich auf eine Gründung vorbereitet hatten. Inhalte und Durchführung der Seminare wurden von den Befragten zumeist positiv beurteilt.

Was waren die zentralen Schwierigkeiten für die Existenzgründer in der Gründungsphase? Mehr als die Hälfte der erfaßten Gründer gab an, daß sich ihre zu geringe Eigenkapitalbasis hemmend ausgewirkt hatte, und für fast ebenso viele war die Möglichkeit der Kreditaufnahme unzureichend. Auch die verschiedenen im Zusammenhang mit einer Gründung stehenden behördlichen Entscheidungs- und Bewilligungsverfahren sowie die Inanspruchnahme weiterer Förderprogramme wurden häufig als intransparent und langwierig beurteilt. Demgegenüber

wurden weder familiäre noch gesundheitliche Faktoren als einschränkend empfunden.

Beurteilung der Förderpraxis

Für mehr als die Hälfte der Gründer war die Antrags- und Bewilligungspraxis bei der Förderung durch das Sozialministerium akzeptabel. Verschiedentlich allerdings fanden es Geförderte schwierig, Kenntnis über die Förderrichtlinien zu erlangen (20 %). Am wenigsten Probleme gab es mit der Beibringung der Antragsunterlagen und Verwendungsnachweise.

Mit Blick auf die Unterstützung der geförderten Selbständigen durch weitere bei der Existenzgründerförderung beteiligte Akteure gab nur etwa jeder zehnte erfaßte Geförderte an, daß die Kammern hilfreich beraten hätten; eher noch wurden Informationen durch die Arbeitsämter über die Gründung als unterstützend bewertet. Bemängelt wurde von Seiten der Gründer insbesondere, daß sie keine ausreichende Orientierung für ein Unternehmenskonzept wie Informationen über branchenspezifische Marktaussichten, Konkurrenzverhältnisse und etwaige Marktnischen erhalten hätten. In solchen Erwartungen zeigen sich noch unzureichend ausgeprägte unternehmerische Haltungen, die wohl vor allem auf die planwirtschaftlichen Erfahrungen zurückzuführen sein dürften.

In nahezu 60 % der untersuchten Fälle waren neben der Förderung durch das Sozialministerium keine weiteren Gründerhilfen erhalten oder beantragt worden. Nur wenige Gründer nahmen immaterielle Gründerhilfen wie Marketingberatung oder subventionierte Mietmöglichkeiten in Gründerzentren in Anspruch. Bei den zusätzlich gewährten öffentlichen Fördergeldern dominierten Investitionszuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen nach dem Landesaufbauprogramm bzw. nach dem ehemaligen Landesinvestitionsprogramm (30 %) und Fördermittel des Landwirtschaftsministeriums für die Wiedereinrichtung und Modernisierung bäuerlicher Familienbetriebe (7 %). In deutlich geringerem Ausmaß in Anspruch genommen wurden Mittel aus dem Existenzgründerinnenprogramm, Ausbildungsplatzförderungen, Lohnkostenzuschüsse wie auch solche der allgemeinen Wirtschaftsförderung, beispielsweise ERP-Investitionskredite und Eigenkapitalhilfe.

Einzelne Befragte verwiesen darauf, daß sie keine weiteren Förderungen beantragt hätten, weil die Verfahren zu kompliziert seien. Am häufigsten scheiterte die Inanspruchnahme weiterer Hilfen aber daran, daß die Programme für die geförderten Gründer nicht paßgerecht waren. So wurden etwa bei der Gewährung solcher Förderungen zu hohe Sicherheiten oder ein zu hohes Investitionsvolumen vorausgesetzt.

Verbleib in der Selbständigkeit

Zum Zeitpunkt der Erhebung hatten nur wenige Geförderte, die an der Befragung teilnahmen, ihre selbständige Geschäftstätigkeit bereits wieder aufgegeben (3 %). Die vorliegenden Auswertungen zeigen zudem, daß sich die Überlebensfähigkeit der Unternehmen in den verschiedenen Gründungsjahren kaum unterscheidet. Die wenigen Betriebsschließungen lassen keine eindeutigen Schlüsse auf Branchenspezifika oder Persönlichkeitsmerkmale zu. Auffallend war jedoch, daß die meisten dieser Gründer über keine spezifische Branchenerfahrung, die die Überlebensfähigkeit in der Selbständigkeit maßgeblich mitbestimmt, verfügten. Als Hauptgründe für die Aufgabe der selbständigen Geschäftstätigkeit wurden Marktzugangsprobleme und finanzielle Schwierigkeiten angeführt. Da die Hälfte der Geförderten sich nicht an der Befragung beteiligt hatte, ist die nach der Befragung geringe Quote der Geschäftsaufgaben mit Sicherheit nicht repräsentativ für alle Förderfälle. Gerade unter denjenigen, die nicht geantwortet hatten, dürften vermutlich etliche Geförderte sein, die ihre Selbständigkeit unterdessen wieder aufgegeben haben. Für eine Aussage zur Überlebensfähigkeit der geförderten Neugründungen insgesamt wurden daher neben den Ergebnissen der Befragung empirische Befunde über andere Gründerpopulationen sowie die Gewerbe- und -abmeldungen, auf deren Basis die Schließung von neugegründeten Unternehmen zumindest näherungsweise anzugeben ist, herangezogen.⁶ Grob geschätzt dürften danach rund 75 % der durch das

Sozialministerium insgesamt geförderten Gründer noch existent sein.

Die Lebensdauer der zum Zeitpunkt der Befragung noch existierenden Unternehmen lag für ein Fünftel zwischen zwei und fünf Jahren. Ebenfalls ein Fünftel der Befragten hatte ihre Existenz 1995 gegründet. Bei den meisten Befragten lagen Förderbeginn und Gründung höchstens ein Jahr zurück; viele davon erhielten noch die Gründerförderung.

Geschaffene Arbeitsplätze

Das beschäftigungspolitische Anliegen von Existenzgründerförderungen ist es, daß über die direkt geförderten Arbeitsplätze der Gründer hinaus weitere Beschäftigungseffekte induziert werden. Zwei Drittel der erfaßten noch selbständigen Existenzgründer (558) hatten bis zum Zeitpunkt der Befragung zusätzlich für insgesamt 1 490 Personen einen Arbeitsplatz bereitgestellt. Die meisten davon wurden in Handwerksbetrieben geschaffen (3 zusätzliche Arbeitsplätze je Geförderten). Mit Abstand am wenigsten neue Stellen entstanden im Einzelhandel (1,3 zusätzliche Arbeitsplätze je Geförderten). Insgesamt waren die männlichen Gründer — sie beschäftigten im Durchschnitt 3 weitere Personen — bei der Schaffung von Arbeitsplätzen erfolgreicher als Gründerinnen, die durchschnittlich weniger als 2 weitere Arbeitskräfte einstellten.

Die geförderten Gründer begannen mit durchschnittlich 1,3 zusätzlichen Beschäftigten. Mit zunehmender Dauer der Selbständigkeit nahm in vielen Fällen auch die Zahl der Beschäftigten zu. Zum Zeitpunkt der Befragung war die Beschäftigung bei Existenzgründern, die in den ersten drei Förderjahren ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen hatten, im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie bei den 1996 und 1997 gegründeten Unternehmen. Mit Ausnahme der Geförderten im Handel hatten die Gründer in allen anderen aufgenommenen Tätigkeitsfeldern die Beschäftigung ausgeweitet, am ausgeprägtesten war die Beschäftigungsdynamik im Handwerk.

Drei Viertel der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze waren mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten besetzt. Überwiegend handelte es sich bei diesen zusätzlichen Mitarbeitern um Vollzeitkräfte einschließlich Auszubildende (67 %), weniger als 10 % waren Teilzeitkräfte. Bezogen auf alle Beschäftigte (ohne Auszubildende) lag die Teilzeitquote der geförderten Existenzgründer damit geringfügig unter der, die 1996 nach den Ergebnissen des

⁶ Vgl. Christian Brinkmann, Manfred Otto: Überbrückungsgeld hilft arbeitslosen Frauen und Männern beim Sprung in die Selbständigkeit. Strukturmerkmale und Anhaltspunkte zum Erfolg der Förderung, IAB-Werkstattbericht Nr. 6/1.10.1996. Insgesamt wurden in diese Untersuchung 4 486 ost- und westdeutsche Förderfälle in ausgewählten Arbeitsamtsbezirken einbezogen, gut 70 % davon waren auswertbar. Der Verbleib in der Selbständigkeit lag nach dieser Untersuchung für ostdeutsche Empfänger von Überbrückungsgeld nach dem AFG bei 88 %.

Tabelle 3

**Arbeitsplätze in Unternehmen
geförderter Existenzgründer im Mai 1997
nach Beschäftigtengruppen**

	Beschäftigte in Personen	Anteil der Beschäftigtengruppe an den zusätzlichen Beschäftigten in %	Je Förderfall geschaffene Arbeitsplätze in Personen
Beschäftigte insgesamt	2 047	—	3,7
Geförderte Selbständige	558	—	
Zusätzliche Beschäftigte	1 489	100,0	2,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	1 113	74,7	2,0
Vollzeit	999	67,1	1,8
dar. Auszubildende	95	6,4	0,2
Teilzeit	114	7,7	0,2
Nichtsozialversicherungspflichtig Beschäftigte	376	25,3	0,7
Geringfügig Beschäftigte	127	8,5	0,2
Aushilfen/ Praktikanten	92	6,2	0,2
Mithelfende Familienangehörige	157	10,5	0,3

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.
Quelle: Befragung vom DIW und von SÖSTRA im Frühsommer 1997.

IAB-Betriebspanels in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt realisiert wurde (13 %). Fast ebenso viele der zusätzlichen Arbeitsplätze waren von mithelfenden Familienangehörigen (8,5 %) und von geringfügig Beschäftigten (10,5 %) besetzt. Eingestellt wurden überdies Praktikanten und Aushilfen (6 %); besonders häufig wurden derartige Arbeitsverhältnisse von Gründern abgeschlossen, die in einem landwirtschaftlichen Betrieb tätig waren. Frauen profitierten von den neuen Arbeitsplätzen in höherem Umfang, als es ihrem Anteil an den Förderfällen insgesamt entsprochen hätte. Allerdings handelte es sich dabei in weit stärkerem Maße als bei den Männern um Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherungspflicht.

Mit dem Anteil der Auszubildenden an allen Beschäftigten von 5 % leisteten die geförderten Existenzgründer einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zur Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern. Dies gilt besonders für das Handwerk und den Dienstleistungsbereich.

Werden die Ergebnisse der Befragung auf alle durch das Sozialministerium in Mecklenburg-Vorpommern von 1992 bis April 1997 bewilligten Förderfälle übertragen und wird eine Überlebensquote der insgesamt geförderten Existenzgründer von 75 % zugrundegelegt, so dürften in der Region förderungsbedingt schätzungsweise rund 3 000 Arbeitsplätze brutto entstanden sein.⁷

Wirtschaftliche Situation der gegründeten Betriebe

Im Hinblick auf den Umsatz gehen die Gründer davon aus, daß sie 1997 ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis erzielen werden: Danach erwarteten die noch selbständigen Befragten einen Umsatz in Höhe von rund 114 Tsd. DM je Beschäftigten (Gründer und zusätzliche Vollzeitbeschäftigte). Dies entspricht 80 % des im Durchschnitt von allen Existenzgründern in der Region erreichten Niveaus, wie ein Vergleich mit den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels zeigt. Weit unter dem Pro-Kopf-Umsatz, der von den Existenzgründern insgesamt erzielt wurde, liegen die Umsätze im sonstigen produzierenden Gewerbe, im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandel. Insbesondere Einzelhändler gaben an, daß sie sich gegen die Konkurrenz der Handelsketten kaum behaupten könnten und der Umsatz gerade einmal die Mietkosten abdecken würde. Die Gründer der landwirtschaftlichen Betriebe erwarteten einen höheren Umsatz als alle anderen Gründer.

Unabhängig von der Branche ist der Absatz der Befragten überwiegend auf lokale Märkte ausgerichtet. Dies wird nach dem IAB-Betriebspanel auch für alle Existenzgründer in Mecklenburg-Vorpommern bestätigt. Neben der Branche ist für den Umsatz auch die Betriebsgrößenklasse von

⁷ Mitnahme- und Verdrängungseffekte wurden hier nicht berücksichtigt.

Tabelle 4

Erwarteter Umsatz je Beschäftigten 1997¹⁾

	Förderfälle in Personen	Umsatz je Beschäftigten ²⁾ in Tsd. DM
Förderfälle mit Angaben zum Umsatz insgesamt	294	113,8
Nach Wirtschaftsbereichen		
Landwirtschaft	32	147,2
Handwerk	164	110,8
Sonstiges produzierendes Gewerbe	10	87,3
Einzelhandel	31	110,5
Dienstleistungen	48	101,1
Sonstige/keine Angaben	9	169,6
Nach Beschäftigtengrößenklassen		
1 Beschäftigter	80	96,7
2 bis unter 5 Beschäftigte	113	101,1
5 bis unter 10 Beschäftigte	73	127,5
10 bis unter 20 Beschäftigte	25	108,4
20 bis unter 29 Beschäftigte	3	125,9
Nach dem Geschlecht		
Frauen	97	103,4
Männer	197	116,7

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer. — ²⁾ Nur geförderte Selbständige und zusätzliche Vollzeitbeschäftigte.
Quelle: Befragung vom DIW und von SÖSTRA im Frühsommer 1997.

Bedeutung. Hier zeigte sich, daß der Umsatz pro Kopf mit der Zahl der Beschäftigten zunimmt. Größere Unterschiede bestehen bei der untersuchten Population schließlich auch hinsichtlich Alter und Geschlecht der Gründerperson: Deutlich geringer als in allen anderen Altersgruppen war der Umsatz bei den Jüngeren, Männer wiederum gaben einen höheren Umsatz an als Frauen.

Fast die Hälfte aller erfaßten und geförderten Existenzgründer gab an, einen geringen bis akzeptablen Gewinn zu erwirtschaften, ein gutes Viertel bewertete die Gewinnsituation als ausgeglichen, 6 % arbeiteten zum Teil mit deutlichen Verlusten. Im Vergleich dazu haben nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels mehr als zwei Drittel aller Existenzgründer in Mecklenburg-Vorpommern Gewinne zu verzeichnen.

Wenn auch die geförderten Existenzgründer nicht das wirtschaftliche Niveau aller Existenzgründer in Mecklenburg-Vorpommern erreichen konnten, so sprechen die betrieblichen Kennziffern doch dafür, daß ein größerer Teil dieser neuen Existenzen grundsätzlich lebensfähig ist, wengleich sie häufig noch gravierende Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Probleme bereiten vor allem der Marktzugang und finanzielle Engpässe.

Die Angaben der Geförderten zu ihrer mittelfristigen wirtschaftlichen Perspektive vermitteln ein insgesamt positives Bild: Fast jeder zweite Gründer rechnet damit, daß der Umsatz in den kommenden zwei Jahren gleichbleiben oder sich sogar verbessern werde.

Scheinselbständigkeiten

Für eine Randgruppe der geförderten Existenzgründer (knapp 3 %), die geantwortet hatten und zum Zeitpunkt der Befragung auch noch selbständig tätig waren, gab es Hinweise auf eine Scheinselbständigkeit. Dabei handelt es sich um Selbständige, die formaljuristisch zwar unabhängig sind, jedoch in einer wirtschaftlichen Abhängigkeit zu nur einem Auftraggeber stehen.⁸ Die Hälfte der unter den Geförderten vermuteten Scheinselbständigen war in der Baubranche tätig, die anderen jeweils zur Hälfte im Dienstleistungsbereich und im Handel. Ausnahmslos konnten diese Personen nur einen unterdurchschnittlichen Umsatz und eine unzureichende Auftragslage erreichen, so daß deren Aussichten, die Existenz halten zu können, recht gering sind.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die Beurteilung der Förderung von Existenzgründern durch das Sozialministerium in Mecklenburg-Vorpommern bezieht sich derzeit vor allem auf noch sehr junge Selbständigkeiten und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Geförderte, die sich noch in der Förderung befinden.

Abschließende Aussagen über die mittelfristigen Wirkungen dieser Förderung wären insoweit noch verfrüht. Nicht zu verkennen sind indes die direkten und kurzfristigen positiven arbeitsmarktpolitischen Wirkungen dieser Förderung, ganz abgesehen davon, daß Humankapital erhalten wird und soziale Probleme abgefedert werden.

Auch wenn die Einschätzung dieser Existenzgründungsförderung prinzipiell positiv ist, lassen sich gleichwohl für die Gestaltung der künftigen Förderpolitik in Mecklenburg-Vorpommern verschiedene Handlungsempfehlungen, die allerdings zum Teil recht personalintensive Netzwerke erfordern und nicht allein durch das fördernde Ministerium zu realisieren wären, ableiten:

- Insbesondere im Handwerk und im Einzelhandel ist in der Region eine relativ hohe Versorgungsdichte — gemessen an den alten Bundesländern — realisiert worden. Der Zuwendungsgeber sollte, falls sich diese Tendenz verfestigt, eine Einschränkung der Förderung von Gründungen in diesen Wirtschaftsbereichen in Erwägung ziehen. Allgemein sollte der Bestandspflege neben der gezielten Förderung weiterer Existenzneugründungen ein größeres Gewicht zukommen; zu denken ist dabei beispielsweise an eine Förderung, die auf spezifische Problemlagen grundsätzlich aussichtsreicher Gründer abstellt.
- Eine effiziente Förderung setzt voraus, für Gründungswillige, die keinen ausreichenden konzeptionellen oder persönlichen Hintergrund einbringen können, im Antrags- und Bewilligungsverfahren auch eine Ablehnung in Erwägung zu ziehen. Wünschenswert wäre es, diese Auswahl im Rahmen eines „Assessment-Centers“ nachvollziehbar zu treffen und abgelehnten Antragstellern eine gezielte Beratung über eine geeignete berufliche Perspektive anzubieten.
- Qualifizierungsmaßnahmen, die die Existenzgründung begleiten, sollten auch zielgruppenspezifisch angeboten werden (z.B. geschlechtsspezifische Kurse).
- Eine Begleitung der Geförderten durch institutionalisierte Gesprächsmoderation auch in der Zeit nach der eigentlichen Gründungsphase könnte zur Verringerung von Unternehmensaufgaben führen.
- Eine verstärkte Kooperation zwischen den verschiedenen staatlichen Fördergebern und anderen Akteuren der Existenzgründerförderung wie auch die Bündelung und Reduzierung von Förderinstrumenten und -institutionen würden die Effektivität und Effizienz der Förderung erhöhen.

⁸ Vgl. zur Abgrenzung der Scheinselbständigkeiten: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Empirische Befunde zur „Scheinselbständigkeit“, Bonn 1996.

Zum mittelfristigen Bedarf an Lehrern in der Bundesrepublik Deutschland

Ausgangslage und Vorgehensweise

Die Kultusministerkonferenz hat kürzlich eine neue amtliche Schülerprognose für die Bundesrepublik Deutschland erstellt, die differenzierte Angaben nach Schularten und Ländern enthält.¹ Eine daran orientierte Berechnung des Bedarfs an Lehrern wurde noch nicht veröffentlicht. Hier wird deshalb in einer Modellrechnung dargestellt, wie sich der Lehrbedarf in der Bundesrepublik mittelfristig in den alten und neuen Ländern bis Ende des Jahres 2010 verändert.² Ausgegangen wird vom Lehrerbstand im Jahre 1996 in Vollzeiteinheiten, der um die Zahl der im Projektionszeitraum voraussichtlich aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrer vermindert wird.³ Der Bedarf an Lehrern in Vollzeiteinheiten wird über Schüler-Lehrer-Relationen⁴ berechnet.

Werden die prognostizierten Schülerzahlen der Kultusministerkonferenz bei den Bedarfsberechnungen zugrunde gelegt, so bedeutet dies, daß die Annahmen über die voraussichtliche Geburtenentwicklung, das Bildungsverhalten der Schüler sowie ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen übernommen werden. Der Bedarf an Lehrkräften ist darüber hinaus durch verschiedene pädagogische, schulorganisatorische und finanzpolitische Ziele bestimmt, die in den Bundesländern durchaus unterschiedlich gesetzt werden. In die Berechnungen gehen die Schülerzahl je Klasse, der wöchentliche Bedarf an Unterrichtsstunden je Klasse und die wöchentliche Stundenzahl je Lehrer ein. Diese Angaben werden über die Schüler-Lehrer-Relation miteinander verknüpft.

In der Bundesrepublik besuchten 1996 etwa 12,5 Mill. Kinder und Jugendliche allgemeinbildende und berufliche Schulen, im Jahre 2010 werden es nach den neuesten Angaben der Kultusminister voraussichtlich rund 1,2 Mill. weniger sein. Bis zur Jahrtausendwende wird die Schülerzahl zunächst auf fast 12,8 Mill. steigen und im folgenden Jahrzehnt erst geringfügig, dann stärker fallen.⁵ Damit werden im Jahre 2010 rund 320 000 Schüler weniger an den Schulen lernen als nach der letzten Vorausschätzung.⁶

Auch nach der jüngsten Prognose gibt es große Unterschiede zwischen der Entwicklung der Schülerzahl in den alten und neuen Ländern. An den allgemeinbildenden Schulen in Westdeutschland wird die Zahl bis zur Jahrtausendwende kräftig steigen und erst in der Dekade danach abnehmen, während sie in Ostdeutschland bereits von 1996 an zuerst stärker, danach schwächer fallen wird. An den beruflichen Schulen in den alten Ländern wird die Schülerzahl bis 2010 weiter zunehmen, dagegen wird sie in den neuen Ländern nur bis zur Jahrtausendwende steigen (Tabelle 1). Die Abnahme der Geburtenzahl sowie die hohe

Abwanderung vor allem nach Westdeutschland Anfang der neunziger Jahre werden sich in Ostdeutschland an den Schulen lange auswirken.

In einer Grundvariante wird hier der Bedarf an Vollzeitlehrern in den Jahren 2000, 2005 und 2010 berechnet, indem bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen Schüler-Lehrer-Relationen von 1996 angesetzt werden. Dadurch wird die damals bestehende Versorgung mit Lehrkräften fortgeschrieben.

Man muß allerdings sehen, daß die Ausgangssituation von 1996 zum Teil bereits Engpässe aufwies, die auf diese Weise erhalten blieben. So haben sich die Schüler-Lehrer-Relationen von 1993 bis 1996 insbesondere an den Grundschulen der alten Länder verschlechtert.⁷ Bei dieser Schulart sind Relation und Klassengröße ohnehin auch im internationalen Vergleich zu hoch. Die meisten europä-

¹ Vgl. Sekretariat der Kultusministerkonferenz der Länder (Hrsg.): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen von 1995 bis 2015. Dokumentation Nr. 141 und Prognoseergebnisse in Länderzahlen, Arbeitsmaterial, Bonn 1997.

² Berechnet wird der Bedarf in Vollzeitlehrern. Deren aktuelle Zahl wird laufend in den Kultusministerien ermittelt. In den Berechnungen der Kultusminister werden die gesamten Schülerzahlen Berlins zu den neuen Ländern addiert. Dort fällt infolge der vergleichsweise stabilen Entwicklung in Westberlin die Abnahme der Schülerzahl kleiner aus. Für die Untersuchung wurden die Schüler Berlins deshalb aufgeteilt und nur die von Ostberlin den neuen Ländern zugeschlagen.

³ Vom Schuljahr 1992/93 bis zum Schuljahr 1996/97 liegen dafür nach Ländern statistische Unterlagen vor. Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen und Berufliche Schulen, Reihe 2 und 3, Fachserie 11, Wiesbaden, mehrere Jahrgänge.

⁴ Die Schüler-Lehrer-Relation ist ein Produkt aus der wöchentlichen Unterrichtszeit der Lehrer und der durchschnittlichen Klassenfrequenz, dividiert durch den wöchentlichen Bedarf an Unterricht pro Klasse.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen und Berufliche Schulen, Schuljahr 1996/97, a.a.O.; Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen der Schulen 1987 bis 1996. Dokumentation Nr. 142, Bonn 1997; Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen von 1995 bis 2015, a.a.O.

⁶ Vgl. Sekretariat der Kultusministerkonferenz (Hrsg.): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 1993 bis 2015. Dokumentation Nr. 132, Bonn 1995, S. 12 ff.

⁷ Aus Fachkreisen ist zu hören, daß es hier aus pädagogischer Sicht bereits Engpässe in der schulischen Versorgung gibt, die sich in hohen Schüler-Lehrer-Relationen und großen Klassen zeigen. Vielfach wird bei der Klassengröße an Grundschulen ein Wert von 15 Schülern als optimal betrachtet, in der Bundesrepublik waren es 1996 im Durchschnitt fast 23 Schüler. Vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): Education at a Glance — OECD Indicators. Paris 1997, S. 125 ff.; Schule International. In: Wer wo wie lange lernen muß: Systeme im Vergleich. In: Spiegel special, Nr. 12, Hamburg 1997, S. 73 f.

Tabelle 1

Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen¹⁾

Stand: Jahresende

	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer			
	1996	2000	2005	2010	1996	2000	2005	2010
	in 1 000							
Allgemeinbildende Schulen	7 871,2	8 375,5	8 321,3	7 544,7	2 198,7	1 776,2	1 222,2	1 138,3
Berufliche Schulen	1 985,4	2 109,3	2 308,1	2 363,5	504,0	519,4	488,4	273,2
Insgesamt	9 856,6	10 484,8	10 629,4	9 908,2	2 702,7	2 295,5	1 710,6	1 411,5
	Veränderung in 5 Jahren ²⁾							
Allgemeinbildende Schulen	—	504,3	—54,2	—776,6	—	—422,6	—554,0	—83,9
Berufliche Schulen	—	123,9	198,8	55,4	—	15,4	—31,0	—215,2
Insgesamt	—	628,2	144,6	—721,3	—	—407,2	—584,9	—299,1

¹⁾ Nach der Zusammenstellung der Kultusministerkonferenz. Da in dieser Berechnung Berlin insgesamt bei den alten Bundesländern enthalten ist, wurden die Schülerzahlen um die in Ostberlin verringert und diese zu den neuen Ländern addiert. — ²⁾ Beziehungsweise vier Jahre im ersten Zeitabschnitt.

Quellen: Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

ischen Staaten und die Mehrzahl der außereuropäischen OECD-Staaten haben in der Primarstufe kleinere Klassen und günstigere Schüler-Lehrer-Relationen. Außerdem werden an den Berufsschulen immer noch für einen Teil der Lehrlinge wöchentlich zu wenige Unterrichtsstunden erteilt;⁸ überdies müssen an ihnen sowie an Berufsfachschulen immer mehr Jugendliche unterrichtet werden, die keine Lehrstelle fanden. Auch hier haben sich deshalb die Schüler-Lehrer-Relation, aber auch andere Indikatoren ungünstig verändert.

Damit diesen Entwicklungen etwas entgegengewirkt werden kann, wäre eine höhere Zahl von Lehrern erforderlich. Dies ist in einer zweiten Variante berücksichtigt worden.⁹ In ihr wird einmal gezielt für die genannten Schularten die Relation etwas gesenkt. Darüber hinaus besteht generell ein zusätzlicher Vertretungsbedarf, wenn künftig stärker als bisher vermieden werden soll, daß durch Krankheit, Schwangerschaft oder Erziehungsurlaub von Lehrkräften Unterricht ausfällt. Dies wurde hier bei allen Schulen überschlägig mit 3 % für Vertretungsbedarf berücksichtigt. Für beide Varianten wird dargestellt, wie hoch der jährliche Einstellungsbedarf ist.

Lehrerbestand im Ausgangsjahr 1996

An den Schulen der Bundesrepublik gab es am Jahresende 1996 rund 725 000 Vollzeitlehrer. Davon waren 619 000 an allgemeinbildenden Schulen (85 %) und 106 000 an beruflichen Schulen beschäftigt (15 %). Während in den alten Ländern jeder sechste Lehrer an beruflichen Schulen ausbildete, war es in den neuen Ländern nur jeder zehnte.

Im Jahre 1996 entfielen in der Bundesrepublik durchschnittlich 17,3 Schüler auf einen Vollzeitlehrer; an den all-

gemeinbildenden Schulen waren es 16,3 Schüler und an den beruflichen Schulen 23,4 Schüler. Die Relationen streuen nach Bundesländern und Schularten zum Teil erheblich. Nach Schularten weichen sie voneinander ab, auch weil in den Ländern unterschiedliche Präferenzen bei der schulischen Personalausstattung bestehen. An allgemeinbildenden Schulen war die Relation in den neuen Ländern meist kleiner als in den alten, an beruflichen Schulen war es umgekehrt (Tabelle 2).

Die Schüler-Lehrer-Relationen veränderten sich in beiden Landesteilen von 1993 bis 1996 an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich. Insgesamt nahm die Differenz in beiden Schulbereichen zwischen West und Ost zu. In Westdeutschland kam an allgemeinbildenden Schulen insgesamt zuletzt fast ein Schüler mehr auf eine Lehrkraft. Dabei stieg die Relation an den Grundschulen, den Orientierungsstufen und den Realschulen um reichlich einen Schüler pro Lehrkraft, an den Gesamtschulen und Gymnasien um knapp einen Schüler. In den neuen Ländern verbesserten sich die Relationen — im Sinne einer Senkung — bei den allgemeinbildenden Schularten vielfach, so an Grundschulen und Gymnasien. Am Ende des Zeitabschnitts war die Relation bei vielen allgemeinbildenden Schularten in den alten Ländern schlechter als in den neuen.

⁸ In der Bundesrepublik wurde beispielsweise 1996 123 000 (12 %) Berufsschülern höchstens acht Stunden Unterricht in der Woche erteilt; das empfohlene Soll liegt aber bei 12 Stunden.

⁹ Die Relation wird an Grundschulen auf 20:1 gesenkt, ein Wert, der 1996 in den neuen Ländern nahezu erreicht wurde. An den Berufsschulen kommen 34,7 Schüler und an den Berufsfachschulen 12,5 Schüler auf einen Vollzeitlehrer. Hier handelt es sich um Größenordnungen — an Berufsschulen ergänzt um einen Abschlag für zuwenig erteilten Unterricht —, die 1995 in den alten Ländern vorlagen.

Tabelle 2

Schüler-Lehrer-Relation
an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 1996
 Stand: Jahresende

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Bundesrepublik
	Schüler je Lehrer ¹⁾		
Vorklassen	19,8	16,3	18,9
Schulkindergärten	11,9	14,6	12,0
Grundschulen	21,5	20,1	21,2
Orientierungsstufe	17,2	16,8	17,0
Hauptschulen	15,1	11,4	14,9
Integrierte Bildungsgänge ²⁾	13,6	15,7	15,5
Realschulen	18,3	15,9	17,9
Gymnasien	14,9	15,5	15,0
Gesamtschulen ³⁾	13,8	13,9	13,8
Sonderschulen	6,7	7,1	6,8
Abendschulen u. Kollegs	14,0	7,3	13,2
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	16,4	15,7	16,3
Berufsschulen ⁴⁾	37,3	37,4	37,3
Berufsvorbereitungsjahr	10,1	16,5	11,6
Berufsgrundbildungsjahr	10,3	13,8	10,5
Berufsaufbauschulen	13,4	—	13,4
Berufsfachschulen	12,9	14,4	13,1
Berufs- und techn. Obersch.	11,0	—	11,0
Fachgymnasien	12,4	12,1	12,4
Fachoberschulen	16,3	17,0	16,4
Fachschulen	14,6	17,2	15,0
Fach- u. Berufsakademien	7,6	—	7,6
Kollegschulen	23,4	—	23,4
Berufliche Schulen insgesamt	22,8	26,3	23,4
Vollzeitform	12,0	13,6	12,2
Teilzeitform	36,3	37,1	36,5
Schulen insgesamt	17,4	17,0	17,3
¹⁾ Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrereinheiten umgerechnete teilzeit und stundenweise beschäftigte Lehrer. — ²⁾ Schulen mit Bildungsgängen für Haupt- und Realschüler. — ³⁾ Integrierte Gesamtschule und freie Waldorfschule. — ⁴⁾ Einschließlich Berufsgrundbildungsjahr in Teilzeitform. Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.			

An beruflichen Schulen insgesamt war die Schüler-Lehrer-Relation in der Bundesrepublik 1996 annähernd so groß wie 1993. In beiden Landesteilen war die Veränderung der Relation in diesem Zeitabschnitt jedoch gegenläufig: In den alten Ländern verbesserte sie sich geringfügig, in den neuen Ländern verschlechterte sie sich. Am Ende des Zeitraumes waren die Relationen bei allen beruflichen Schularten mit Ausnahme der Fachgymnasien in den neuen Ländern — zum Teil beträchtlich — schlechter als in den alten.

Zwar wurden in den alten Ländern die Zahl der Vollzeitlehrer an den Grundschulen um rund 7 000, an den Realschulen um etwa 1 800 und an den Gesamtschulen um fast 3 500 erhöht, doch fiel der Anstieg der Schülerzahl jeweils relativ stärker aus. Die wenigen Fälle geringerer und damit besserer Schüler-Lehrer-Relationen an Schulen waren hauptsächlich auf abnehmende Schülerzahlen und weni-

ger auf vermehrt eingestellte Lehrer zurückzuführen. An den Grundschulen der neuen Länder sank die Schülerzahl jedoch deutlich, während die Zahl der Vollzeitkräfte stieg.

Das Durchschnittsalter der hauptberuflichen Lehrer in Westdeutschland lag 1996 an allgemeinbildenden Schulen bei 46,8 und an beruflichen Schulen bei 47 Jahren. In den neuen Ländern war es bei Lehrern beruflicher Schulen um ein Jahr geringer, während es bei den Lehrern allgemeinbildender Schulen mit 44,4 Jahren um gut zwei Jahre niedriger war.¹⁰ Jünger als 30 Jahre waren nur knapp 23 800 Lehrer an allgemeinbildenden und nicht einmal 1 700 Lehrer an beruflichen Schulen. Dies entsprach 3,5 bzw. 1,5 % der jeweils an diesen Schulen beschäftigten Pädagogen. Abgesehen davon, daß relativ alte Lehrer beispielsweise an Grundschulen kleine Kinder unterrichten und betreuen müssen, ist es notwendig, daß in den Kollegien eine gleichmäßigere Altersverteilung vorhanden ist, damit sukzessive über Berufsanfänger auch neue Kenntnisse und Methoden jüngerer dazu beitragen, daß Schule nicht in Routine erstarbt.¹¹

Das höhere durchschnittliche Alter der westdeutschen Lehrer ist im Vergleich zu den ostdeutschen durch eine damals längere Studiendauer für die Lehrämter und eine geringere Zahl von Neueinstellungen in den alten Ländern sowie früher andere berufliche Zugangsvoraussetzungen in den neuen Ländern bedingt. Nur in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war die Zahl der Berufsanfänger insgesamt geringfügig gestiegen.¹²

Entwicklung von Bestand und Bedarf an Lehrern

Die Vorausberechnungen gehen für die Bundesrepublik von einem Bestand von 725 000 Vollzeitlehrern im Jahre 1996 aus. Im Jahre 2010 werden von diesen Vollzeitlehrern rund 450 000 Lehrer nicht mehr an den Schulen unterrichten. Diese Lehrer scheiden aus dem Schuldienst aus, weil sie das Pensionsalter erreichen, vor dem Erreichen der Altersgrenze sterben, dienst-, erwerbs- bzw. berufsunfähig sind oder aus sonstigen Gründen nicht mehr beschäftigt werden.¹³

¹⁰ Das durchschnittliche Alter der Lehrer einzelner Schularten liegt noch etwas darüber: So sind in den alten Ländern Lehrkräfte mit einer Befähigung zum Lehramt an Grund- und Hauptschulen durchschnittlich 46,9 Jahre und diejenigen mit einer Befähigung zum Lehramt an Berufsschulen 47,5 Jahre alt.

¹¹ Vgl. auch zur „Vergreisung“ des Personalbestandes des Staates: Öffentlicher Dienst: Starker Personalabbau trotz moderater Tarifierhebungen. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 5/98, S. 87 ff.

¹² So wurden im Schuljahr 1993/94 fast 17 800 Lehrer nach dem Examen neu eingestellt, 1995/96 waren es nur noch rund 16 500.

¹³ Die Berechnungen bauen auf den Abgängen der Schuljahre 1992/93 bis 1995/96 auf. Berücksichtigt werden neben den Lehrkräften, die das Pensionsalter erreichen und die dienst-, erwerbs- oder berufsunfähig werden, auch die Hälfte derjenigen, die aus sonstigen Gründen ausscheiden. Es wurden jahresdurchschnittliche Abgangquoten ermittelt und fortgeschrieben.

Tabelle 3

Entwicklung von Lehrerberarf und des Ausgangsbestandes von 1996 durch Abgänge¹⁾

Stand: Jahresende

	Alte Bundesländer				Neue Bundesländer			
	1996	2000	2005	2010	1996	2000	2005	2010
	in 1 000							
Lehrerberarf								
Allgemeinbildende Schulen	479,3	513,2	514,6	468,0	139,7	115,9	78,3	71,0
Berufliche Schulen	87,2	92,0	100,5	102,4	19,1	19,9	18,6	10,3
Insgesamt	566,5	605,1	615,2	570,4	158,9	135,8	96,8	81,2
Lehrerbestand								
Allgemeinbildende Schulen	479,3	437,2	323,3	176,2	139,7	132,7	105,1	64,5
Berufliche Schulen	87,2	79,9	56,9	29,4	19,1	17,7	12,7	6,7
Insgesamt	566,5	517,1	380,3	205,6	158,9	150,4	117,8	71,2
	Veränderung in 5 Jahren ²⁾ in 1 000							
Lehrerberarf								
Allgemeinbildende Schulen	—	33,8	1,5	—46,6	—	—23,9	—37,6	—7,3
Berufliche Schulen	—	4,8	8,6	1,8	—	0,8	—1,3	—8,3
Insgesamt	—	38,6	10,0	—44,8	—	—23,1	—38,9	—15,6
Lehrerbestand								
Allgemeinbildende Schulen	—	—42,2	—113,8	—147,1	—	—7,0	—27,6	—40,6
Berufliche Schulen	—	—7,3	—23,0	—27,5	—	—1,5	—5,0	—6,0
Insgesamt	—	—49,4	—136,8	—174,7	—	—8,5	—32,6	—46,6
	in %							
Lehrerberarf								
Allgemeinbildende Schulen	—	7,1	0,3	—9,1	—	—17,1	—32,4	—9,4
Berufliche Schulen	—	5,5	9,3	1,8	—	3,9	—6,6	—44,6
Insgesamt	—	6,8	1,7	—7,3	—	—14,5	—28,7	—16,1
Lehrerbestand								
Allgemeinbildende Schulen	—	—8,8	—26,0	—45,5	—	—5,0	—20,8	—38,7
Berufliche Schulen	—	—8,3	—28,8	—48,4	—	—7,6	—28,3	—47,4
Insgesamt	—	—8,7	—26,5	—45,9	—	—5,3	—21,7	—39,6
¹⁾ Bedarf nach der Grundvariante in Vollzeitlehrern und in Vollzeitlehreereinheiten umgerechnete teilzeit und stundenweise beschäftigte Lehrer. Abgänge unter Berücksichtigung des Ausscheidens aus dem Schuldienst infolge von Alter, Tod und Invalidität. — ²⁾ Beziehungsweise in vier Jahren im ersten Zeitabschnitt.								
Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.								

In Westdeutschland wird die Zahl der Vollzeitlehrer, die eine Beschäftigung an Schulen beenden, nicht nur infolge des größeren Ausgangsbestands höher sein als in Ostdeutschland, sie steigt auch wegen der ungünstigeren Altersverteilung stärker. Insgesamt werden in den alten Ländern etwa 360 000 Vollzeitlehrer aus dem Schuldienst ausscheiden, in den neuen Ländern werden es nur knapp 90 000 sein (Tabelle 3).

Von den Lehrkräften allgemeinbildender Schulen werden in den alten Ländern 303 000 und in den neuen Ländern 75 000 Vollzeitlehrer aus den genannten Gründen nicht mehr unterrichten. Dadurch wird voraussichtlich der jeweilige Bestand des Ausgangsjahres auf 37 bzw. 46 % abnehmen. Die Verringerung des Bestandes der Vollzeitlehrer an allgemeinbildenden Schulen weicht damit in beiden Landesteilen deutlich voneinander ab. Die relative Bestandsverringerung an den beruflichen Schulen wird dagegen annähernd gleich groß ausfallen.

Der Lehrerberarf in der Bundesrepublik wird nach der Grundvariante bis zum Jahre 2000 um nur rund 15 000 Lehrer steigen. In der Dekade danach wird er — zunächst allmählich, dann stärker — um rund 90 000 Lehrer fallen und im Jahre 2010 bei etwa 650 000 Vollzeitlehrern verharren. Der Bedarf entwickelt sich in diesem Zeitraum an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich.

Dies trifft auch auf den Bedarf an Lehrkräften an den Schulen in den alten und neuen Ländern zu. An den allgemeinbildenden Schulen wird er sich in West- und Ostdeutschland im Zeitraum von 1996 bis 2005 zunächst gegenläufig verändern. Er wird in den alten Ländern am Ende des Zeitabschnitts um fast 35 000 Vollzeitlehrer höher sein und erst danach — um 47 000 Vollzeitlehrer — abnehmen. In den neuen Ländern dagegen wird der Lehrerberarf hier über den gesamten Zeitraum beträchtlich sinken. Zuletzt verlangsamt sich der jährliche Bedarfsrück-

gang zwar etwas, doch wird sich der Bedarf in Ostdeutschland an den allgemeinbildenden Schulen in nur vierzehn Jahren nahezu halbieren.

Im Jahre 2000 wird der Lehrerbedarf nach der Grundvariante in den alten Ländern insbesondere an den Real-, Gesamt- und Sonderschulen sowie an Gymnasien höher sein als 1996. An den genannten Schularten wird er um rund 22 000 Vollzeitlehrer steigen. In den neuen Ländern wird der Lehrerbedarf an nahezu allen allgemeinbildenden Schularten sinken, besonders deutlich an den Grundschulen. Der Lehrerbedarf wird in Ostdeutschland nur an einigen quantitativ weniger gewichtigen allgemeinbildenden Schularten zunehmen, etwa an Schulen mit integrierten Bildungsgängen (Tabelle 4).

Im der Jahrtausendwende folgenden Jahrfünft wird sich der Bedarf in den alten Ländern an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen weiter, um reichlich 12 000 Vollzeitlehrer, erhöhen, während er an den Grundschulen um fast 13 000 Vollzeitlehrer sinken wird. In den neuen Ländern dagegen dürfte sich der Lehrerbedarf zur selben Zeit

Tabelle 4
Lehrerbedarf an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten¹⁾
 Stand: Jahresende

	1996	1996/ 2000	2000/ 05	2005/ 10
	in 1 000	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %		
Alte Bundesländer Allgemeinbildende Schulen	479,3	1,7	0,1	-1,9
dar.:				
Grundschulen	137,2	0,5	-1,9	-2,6
Hauptschulen	72,2	1,9	0,8	-2,2
Realschulen	55,8	2,1	1,1	-1,8
Gesamtschulen ²⁾	32,4	3,2	0,7	-1,5
Gymnasien	113,9	2,0	1,2	-1,2
Sonderschulen	44,1	2,1	0,0	-2,1
Neue Bundesländer Allgemeinbildende Schulen	139,7	-4,6	-7,6	-1,9
dar.:				
Grundschulen	36,9	-13,9	-2,2	4,8
Integrierte Bildungsgänge ³⁾	22,8	2,2	-8,4	-4,3
Realschulen	11,5	-6,3	-15,2	-5,2
Gesamtschulen ²⁾	10,5	-1,4	-7,1	-5,3
Gymnasien	31,3	-2,6	-7,2	-7,6
Sonderschulen	14,6	-5,6	-9,4	-1,0

¹⁾ Bedarf nach der Grundvariante in Vollzeitlehrern und in Vollzeitlehreereinheiten umgerechnete teilzeit und stundenweise beschäftigte Lehrer. — ²⁾ Integrierte Gesamtschule und freie Waldorfschule. — ³⁾ Schulen mit Bildungsgängen für Haupt- und Realschüler.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

Tabelle 5
Lehrerbedarf an beruflichen Schulen nach Schularten¹⁾
 Stand: Jahresende

	1996	1996/ 2000	2000/ 05	2005/ 10
	in 1 000	Jahresdurchschnittliche Veränderung in %		
Alte Bundesländer Berufliche Schulen	87,2	1,4	1,8	0,4
dar.:				
Berufsschulen ²⁾	33,8	1,8	1,9	0,6
Berufsvorbereitungsjahr	4,2	-0,4	1,5	-0,4
Berufsgrundbildungsjahr	3,5	0,7	2,4	-0,2
Berufsfachschulen	21,8	1,7	2,2	-0,1
Fachgymnasien	5,6	3,2	2,2	0,7
Fachschulen	8,7	-0,9	0,2	0,8
Kollegschulen	3,5	1,9	1,8	0,6
Neue Bundesländer Berufliche Schulen	19,1	1,0	-1,4	-11,1
dar.:				
Berufsschulen ²⁾	9,7	0,5	-1,0	-10,8
Berufsvorbereitungsjahr	1,3	-0,5	-2,6	-12,3
Berufsgrundbildungsjahr	0,3	-8,2	-7,9	-13,7
Berufsfachschulen	4,1	1,2	-2,0	-12,6
Fachgymnasien	1,7	3,7	-0,7	-11,5
Fachschulen	1,3	1,8	-1,0	-8,1

¹⁾ Bedarf nach der Grundvariante in Vollzeitlehrern und in Vollzeitlehreereinheiten umgerechnete teilzeit und stundenweise beschäftigte Lehrer. — ²⁾ Einschließlich Berufsgrundbildungsjahr in Teilzeitform.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

an allen allgemeinbildenden Schularten mehr oder weniger stark verringern.

Der Lehrerbedarf an beruflichen Schulen wird nach der Grundvariante von 1996 bis 2000 in den alten und neuen Ländern steigen. Danach wird er sich in beiden Landesteilen gegenläufig verändern. Während er sich im Westen in dieser Dekade weiter erhöht, wird er im Osten — vor allem in der zweiten Hälfte dieses Zeitraums — beträchtlich sinken.

Im Jahre 1996 entfiel der Lehrerbedarf in den alten und neuen Ländern hauptsächlich auf Schulen, an denen allein oder in Zusammenarbeit mit Betrieben vorwiegend beruflich ausgebildet wird. Dies sind in beiden Regionen die Berufs-, die Berufsfach- und die Fachschulen, in Westdeutschland außerdem die Berufs- und Fachakademien sowie die Kollegschulen (Tabelle 5). In beiden Landesteilen lag der Anteil dieser Schulen am Lehrerbedarf anfangs bei 79 %. Im Westen wird er im Jahre 2010 nur marginal größer sein. In Ostdeutschland dagegen wird die gegenläufige Bedarfsentwicklung dazu führen, daß dort der Anteil der zu einem Berufsabschluß führenden Schulen am Lehrerbedarf im Jahre 2010 rund einen Prozentpunkt höher sein wird als im Westen.

Einstellungsbedarf

Der Einstellungsbedarf an Vollzeitlehrern besteht aus Ersatz- und Zusatzbedarf. Ersatzbedarf entsteht, wenn Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden, Zusatzbedarf, wenn die Schülerzahl steigt oder die Schüler-Lehrer-Relation abnehmen soll. Sinkt die Schülerzahl, ergibt sich rechnerisch ein Überhang an Lehrkräften, wenn weniger Lehrer die Schulen verlassen, als nach den bestehenden Schüler-Lehrer-Relationen erforderlich sind. Der globale Überhang kann jedoch nicht ohne weiteres mit dem Ersatzbedarf verrechnet werden, weil sich die Anforderungen an die Lehrer allgemeinbildender und beruflicher Schulen bei den einzelnen Schularten unterscheiden. Dienst- sowie arbeitsrechtliche Bestimmungen schränken den flexiblen Einsatz weiter ein. Es kommt deshalb vor, daß nicht nur bei einzelnen Schularten, sondern an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen Bedarf und Überhang zugleich bestehen. So gesehen ist der hier ermittelte Einstellungsbedarf eher als Untergrenze anzusehen.

Nach der Grundvariante gibt es in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1996 bis 2000 einen jährlichen Einstellungsbedarf von 18 400 Vollzeitlehrern. Der jährliche Einstellungsbedarf wird danach höher sein. Im folgenden Jahrfünft wird er etwa 20 100 Vollzeitkräfte und in den Jahren 2005 bis 2010 etwa 19 300 Lehrer betragen (Tabelle 6). Damit wird er im Jahrfünft nach der Jahrtausendwende um rund 10 % über dem gegenwärtig vorhandenen Bedarf an Einstellungen liegen. Im ersten Zeitabschnitt besteht der Einstellungsbedarf immerhin zu einem Fünftel aus Zusatzbedarf. Danach wird es insgesamt nur noch Ersatzbedarf geben. Zusatzbedarf entsteht hauptsächlich an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in den alten Ländern.

Der Einstellungsbedarf wird sich im gesamten Zeitraum der Vorausberechnung in beiden Landesteilen unterschiedlich verändern. Während er in den alten Ländern über alle Zeitabschnitte der Projektion ziemlich groß sein wird, dürfte es in den neuen Ländern weiterhin einen Lehrerüberhang geben. Dieser Überhang tritt bis zum Jahre 2005 nur an allgemeinbildenden Schulen auf, an beruflichen Schulen werden dagegen Lehrkräfte fehlen.

In Westdeutschland verursachen die ungünstigere Altersstruktur der beschäftigten Lehrkräfte und die zunächst noch steigenden Schülerzahlen einen großen Bedarf an jungen Lehrern. Der Einstellungsbedarf besteht hauptsächlich an allgemeinbildenden Schulen; zunächst auch an Grundschulen, aber vor allem an den weiterführenden Schularten. Auch an den beruflichen Schulen wird er von der Jahrtausendwende an beträchtlich höher sein als zuvor und jährlich rund ein Fünftel des gesamten Einstellungsbedarfs betragen.

Nach der Variante mit zusätzlichen Lehrkräften, in der bestehende Defizite bei der Versorgung der Schüler mit Lehrern berücksichtigt werden, ist der Zusatzbedarf im Zeitraum von 1996 bis 2000 gegenüber der Grundvariante

vor allem an den allgemeinbildenden Schulen in den alten Ländern höher zu bemessen, während dort in den neuen Ländern ein geringerer Überhang entsteht. Der jährliche Einstellungsbedarf in der Bundesrepublik würde danach um rund 9 600 Vollzeitlehrer höher sein als nach der Basisvariante. Dieser Unterschied erklärt sich aus den niedrigeren Schüler-Lehrer-Relationen an Grund-, Berufs- und Berufsfachschulen sowie dem Zuschlag von 3 % für Vertretungsbedarf. Dieser bedarfssteigernde Effekt wirkt sich in der Dekade nach der Jahrtausendwende nur noch vergleichsweise wenig aus. Er setzt jedoch voraus, daß im gegenwärtigen Zeitabschnitt der errechnete Einstellungsbedarf erfüllt wird, andernfalls wird er später höher ausfallen.

Ausblick

Selbst wenn man nur den Status quo erhalten wollte, wäre bei vollständigem Transfer in die alten Länder der im Zuge der demographischen Entwicklung überzähligen ostdeutschen Lehrer in den alten Ländern der Einstellungsbedarf dort nicht zu decken, weil die spezifische Bedarfsentwicklung in beiden Landesteilen zu weit voneinander abweicht. Außerdem setzt das hohe Durchschnittsalter der beschäftigten Lehrer einer regionalen Mobilität Grenzen. Lokal und kleinräumig ist ein Ausgleich eher zwischen allgemeinbildenden Schularten möglich, der allerdings eine entsprechende Weiterbildung der Lehrer für die verschiedenen Unterrichtsfächer und für die Befähigung für andere Schularten voraussetzt.¹⁴ Darüber hinaus werden an beruflichen Schulen Lehrkräfte im Osten und im Westen fehlen.

In den alten Ländern ist es unumgänglich, verstärkt junge Lehrer einzustellen. Der Lehrerbedarf in beiden Varianten kann sich außerdem bald eher als Untergrenze erweisen, wenn die jüngste Entwicklung bei der Geburtenzahl langfristig anhält. Sie liegt deutlich über den Annahmen in der Schülerprognose der Kultusminister.¹⁵ Die Grundvariante setzt voraus, daß die an der Schüler-Lehrer-Relation von 1996 gemessene Unterrichtssituation nicht schlechter wird. Der Bedarf besteht zunächst an den Grundschulen, später ebenfalls an den weiterführenden Sekundarschulen. An den beruflichen Schulen werden Lehrer über den ganzen Projektionszeitraum fehlen.

¹⁴ Zusätzlich sind bedarfsabhängige Variationen der Arbeitszeit denkbar. Ohnehin wird die Arbeitszeit verschiedener Gruppen von Lehrern heute schon vor allem in den neuen Ländern dem sinkenden Bedarf angepaßt, auch um mehr Personen zu beschäftigen.

¹⁵ Schon für 1995 wird die Geburtenzahl zu gering angesetzt (-1 200). Für 1996 fällt diese Differenz mit knapp -5 % (-37 000) deutlicher aus. Für 1997 ist die Lücke nach neuesten Informationen mit -7 % (-57 000) noch etwas größer. Vgl. beispielsweise: Statistische Monatszahlen, Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, Heft 12, Tabellenteil, Wiesbaden 1997, S. 718 ff.

Tabelle 6

Ersatz-, Zusatz- und Einstellungsbedarf an Lehrern¹⁾
Stand: Jahresende

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer			Bundesrepublik Deutschland		
	1996/2000	2000/05	2005/10	1996/2000	2000/05	2005/10	1996/2000	2000/05	2005/10
	in Vollzeitereinheiten Grundvariante insgesamt								
Ersatzbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	42 165	88 740	118 958	7 040	19 214	10 361	49 205	107 954	129 319
Berufliche Schulen	7 266	17 505	22 965	1 454	3 859	4 489	8 720	21 364	27 454
Insgesamt	49 431	106 245	141 923	8 494	23 073	14 850	57 925	129 318	156 773
Zusatzbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	33 834	1 472	-46 596	-23 863	-37 636	-7 292	9 971	-36 164	-53 888
Berufliche Schulen	4 811	8 555	1 809	751	-1 319	-8 280	5 562	7 236	-6 471
Insgesamt	38 645	10 027	-44 787	-23 112	-38 955	-15 572	15 533	-28 928	-60 359
Einstellungsbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	75 999	90 212	72 362	-16 823	-18 422	3 069	59 176	71 790	75 431
Berufliche Schulen	12 077	26 060	24 774	2 205	2 540	-3 791	14 282	28 600	20 983
Insgesamt	88 076	116 272	97 136	-14 618	-15 882	-722	73 458	100 390	96 414
	pro Jahr Grundvariante								
Ersatzbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	10 541	17 748	23 792	1 760	3 843	2 072	12 301	21 591	25 864
Berufliche Schulen	1 817	3 501	4 593	364	772	898	2 180	4 273	5 491
Insgesamt	12 358	21 249	28 385	2 124	4 615	2 970	14 481	25 864	31 355
Zusatzbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	8 459	294	-9 319	-5 966	-7 527	-1 458	2 493	-7 233	-10 778
Berufliche Schulen	1 203	1 711	362	188	-264	-1 656	1 391	1 447	-1 294
Insgesamt	9 661	2 005	-8 957	-5 778	-7 791	-3 114	3 883	-5 786	-12 072
Einstellungsbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	19 000	18 042	14 472	-4 206	-3 684	614	14 794	14 358	15 086
Berufliche Schulen	3 019	5 212	4 955	551	508	-758	3 571	5 720	4 197
Insgesamt	22 019	23 254	19 427	-3 655	-3 176	-144	18 365	20 078	19 283
	Variante mit zusätzlichen Lehrkräften ²⁾								
Ersatzbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	10 541	18 271	24 984	1 760	3 867	3 642	12 301	22 137	28 626
Berufliche Schulen	1 817	3 621	4 931	364	807	-1 000	2 180	4 428	3 931
Insgesamt	12 358	21 892	29 915	2 124	4 674	2 641	14 481	26 566	32 557
Zusatzbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	15 010	104	-9 100	-5 064	-7 307	-1 405	9 946	-7 203	-10 505
Berufliche Schulen	2 785	1 835	390	708	-233	-832	3 494	1 601	-442
Insgesamt	17 795	1 938	-8 710	-4 356	-7 540	-2 237	13 439	-5 601	-10 947
Einstellungsbedarf									
Allgemeinbildende Schulen	25 551	18 374	15 884	-3 304	-3 440	2 237	22 247	14 935	18 120
Berufliche Schulen	4 602	5 456	5 322	1 072	574	-1 832	5 674	6 030	3 489
Insgesamt	30 153	23 830	21 205	-2 232	-2 866	404	27 921	20 964	21 610

¹⁾ Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehreinheiten umgerechnete teilzeit- und stundenweise beschäftigte Lehrer. — ²⁾ Zusätzliche Lehrer gibt es an Grund-, Berufs- und Berufsfachschulen. Außerdem wurde ein Anteil von 3 % aller Vollzeitlehrer als Vertretungsbedarf für den Unterrichtsausfall infolge von Krankheit, Schwangerschaft und Erziehungsurlaub berücksichtigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

Die erforderlichen hohen Einstellungszahlen in den alten Ländern in der Dekade nach der Jahrtausendwende können sogar zu einer Nachwuchslücke auch an allgemeinbildenden Schulen führen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß ein Studienanfänger des Jahres 2000 frühestens im Jahre 2005 für ein Referendariat oder als Lehrer zur Anstellung zur Verfügung stehen kann. Studienentscheidungen für die dann erforderlichen Lehrfächer müßten bald getroffen werden.

Schon heute gibt es eine Nachwuchslücke bei Lehrern beruflicher Schulen. Doch weiterhin beginnen beispielsweise zu wenig Studenten ein Studium in den entsprechenden ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen an Universitäten und technischen Hochschulen; verzögert sich eine Reform des Studiums für Lehrer beruflicher Schulen weiterhin. Die Reform sollte es ermöglichen, dieses Studium auch an Fachhochschulen zu absolvieren.

In einigen Ländern führte die schwierige Haushaltsslage zu einer Begrenzung der Ausgaben, die eine restriktive Einstellungspolitik im Schulbereich zur Folge hatte. So wurden beispielsweise in einigen Fällen nur die aus dem Schuldienst ausscheidenden Lehrer ersetzt und keine oder zu wenige zusätzliche Kräfte eingestellt, obwohl der Lehrbedarf zunahm.

Bildung und Qualifikation bleiben die grundlegenden Bedingungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung.¹⁶ Zunehmend wird deshalb gefordert, daß die Schule zusätzliche Bildungs- und Erziehungsaufgaben überneh-

men müßte. Die Anforderungen an die Qualität der beruflichen Ausbildung werden eher weiter steigen, und es sind daher Wege zu suchen, die Personaleinsparungen an Schulen vermeiden, die sich negativ auf die Unterrichtsqualität auswirken. In vielen europäischen Staaten ist das Konzept der Ganztagschule verwirklicht; dort haben gerade die der Grundschule entsprechenden Schulen günstigere Schüler-Lehrer-Relationen.

Es ist bekannt, daß junge Lehrer ein notwendiges Innovationspotential darstellen. Da die Bundesrepublik auf die Ressource „Humankapital“ ganz besonders angewiesen ist, ist die Politik gefordert, sorgfältig zu prüfen, wie Bildung und Ausbildung an Schulen ein höherer Stellenwert eingeräumt werden kann. Die Tarifvertragsparteien sollten über geeignete Modelle bei Arbeitszeit und Entgelt dazu beitragen, daß ältere Lehrer sukzessive aus dem Schuldienst ausscheiden können. Auch ist zu prüfen, ob von Teilzeitarbeitsmodellen, für die nun Erfahrungen in den neuen Ländern vorliegen, in den alten Ländern stärker Gebrauch gemacht werden kann. Zumindest sollten Einstellungskorridore für Berufsanfänger in allen Ländern vorgesehen werden; zu erwägen wären auch entsprechende Assistenzverträge, wie sie in Frankreich entwickelt worden sind.

¹⁶ Vgl. beispielsweise: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Auf dem Weg zur kognitiven Gesellschaft. Weißbuch zur allgemeinen und beruflichen Bildung, Brüssel 1995, S. 40 ff.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven** — Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung**. Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland**. Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän**. Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland**. Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung**. Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehdnel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung**. Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich**. Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien**. Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU — Transformation, Verflechtung, Reformbedarf**. Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie**. Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven**. Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage**. Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996**. Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern: Ein beschäftigungspolitischer Beitrag.

Bearbeitet von Kornelia Hagen. —

Zum mittelfristigen Bedarf an Lehrern in der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾														
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungs- güter- produzenten	Investitions- güter- produzenten	Gebrauchs- güter- produzenten	Verbrauchs- güter- produzenten					
	Insgesamt		Inland		Ausland														
	in 1000				1991 = 100														
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	
1996 J	3808		325		95,2		90,4		104,6		96,1		97,3		86,0		93,7		
F	3889	3876	323	326	93,9	94,7	88,1	89,2	105,3	105,7	93,5	94,7	98,1	98,4	84,5	85,6	90,7	92,4	
M	3934		330		95,1		89,1		107,2		94,4		99,7		86,2		92,7		
A	3921		333		95,8		89,7		107,8		96,2		99,0		86,3		92,7		
M	3930	3934	330	331	95,6	96,1	88,4	89,8	110,0	108,4	96,7	96,5	97,6	99,2	87,1	86,8	93,5	92,9	
J	3951		332		96,8		91,4		107,5		96,7		101,1		86,9		92,5		
J	3978		328		96,4		89,0		111,1		97,7		98,7		87,2		91,9		
A	4003	4005	324	326	97,0	96,4	89,9	89,3	111,1	110,6	98,6	98,5	98,4	97,4	89,1	87,7	92,2	92,4	
S	4037		328		95,8		89,0		109,5		99,0		95,2		86,8		93,1		
O	4078		329		98,7		90,7		114,7		100,4		101,3		88,9		91,5		
N	4123	4117	327	329	97,8	97,7	89,0	89,6	115,3	114,0	100,5	100,2	99,0	99,2	87,6	87,9	91,2	91,6	
D	4151		331		96,7		89,1		112,1		99,6		97,3		86,9		92,0		
1997 J	4266		327		98,8		89,2		118,1		101,0		100,9		88,8		91,8		
F	4269	4265	330	327	100,2	99,8	91,2	90,4	118,4	118,6	104,1	103,2	99,8	100,0	90,0	89,7	94,5	93,0	
M	4261		326		100,3		90,8		119,3		104,6		99,3		90,4		92,8		
A	4310		323		101,1		90,6		122,1		104,5		102,1		91,1		91,5		
M	4369	4358	328	327	101,1	101,4	91,4	90,7	120,6	122,9	105,6	105,9	101,0	101,0	90,0	90,9	90,4	91,3	
J	4397		331		102,0		90,0		126,0		107,7		99,9		91,5		92,0		
J	4429		335		102,2		91,8		122,9		107,8		100,5		91,5		91,9		
A	4476	4466	346	342	103,2	103,4	91,4	91,5	126,8	127,0	107,7	107,9	104,4	104,1	89,0	90,9	91,1	90,8	
S	4496		345		104,7		91,4		131,3		108,3		107,4		92,1		89,3		
O	4499		347		104,2		92,7		127,4		108,7		105,6		90,8		90,4		
N	4496	4502	355	354	104,9	104,9	93,4	93,0	128,0	128,9	110,4	109,6	104,9	105,9	90,5	91,0	92,5	92,2	
D	4514		362		105,6		92,8		131,2		109,8		107,1		91,8		93,7		
1998 J	4434		368		106,3		95,3		128,3		109,8		109,9		92,4		89,6		
F	4438		361																
M																			
A																			
M																			
J																			
J																			
A																			
S																			
O																			
N																			
D																			

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.
²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

		Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten		Bauhaupt- gewerbe				Ausfuhr		Einfuhr			
			in 1000		1991 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1996	J	6668		95,5		94,7		84,8		94,8		117,4		99,6		64,4		57,5		
	F	6638	6638	94,4	94,9	93,6	94,2	85,9	84,5	95,3	95,2	102,3	110,0	101,6	100,4	63,0	190,7	54,7	168,1	
	M	6608		94,9		94,4		82,7		95,6		110,3		100,0		63,2		55,9		
	A	6581		95,2		95,0		83,9		96,7		118,8		100,7		65,2		57,5		
	M	6556	6554	95,7	95,4	95,0	94,9	85,6	84,5	96,6	96,6	120,3	119,7	99,8	99,8	64,1	192,9	55,7	170,3	
	J	6527		95,4		94,6		84,1		96,5		120,1		98,8		63,6		57,0		
	J	6500		95,3		94,1		84,9		95,7		119,7		101,3		66,4		57,1		
	A	6476	6476	97,1	96,4	96,1	95,6	87,3	85,7	96,0	96,0	119,2	119,6	101,4	100,6	65,9	197,3	57,3	172,0	
	S	6454		96,8		96,7		85,0		96,2		119,8		99,2		65,0		57,6		
	O	6435		96,8		96,1		85,5		96,2		116,7		100,9		68,2		58,5		
	N	6411	6414	97,1	96,8	96,3	95,9	84,8	84,7	96,2	96,1	114,5	117,2	100,5	100,1	67,9	203,6	59,3	177,1	
	D	6397		96,6		95,3		83,8		95,8		120,4		98,9		67,5		59,3		
1997	J	6381		97,6		97,2		84,7		96,7		111,0		101,6		67,4		59,7		
	F	6364	6363	98,9	98,5	98,4	97,5	83,9	85,8	96,0	96,3	123,5	117,4	98,2	99,5	70,4	210,0	62,0	183,5	
	M	6346		98,9		96,8		88,7		96,1		117,7		98,6		72,1		61,9		
	A	6334		99,2		99,0		87,4		93,9		110,7		100,6		69,3		60,1		
	M	6315	6318	98,6	99,5	98,0	99,4	82,1	85,5	94,5	94,3	105,5	108,1	99,2	100,3	73,6	217,4	64,9	187,6	
	J	6307		100,8		101,1		86,9		94,4		108,2		101,0		74,4		62,7		
	J	6298		102,6		103,1		89,2		95,8		109,2		100,1		74,2		64,2		
	A	6289	6289	99,6	100,9	99,2	100,7	81,6	85,6	94,5	94,9	105,4	107,6	96,5	98,9	74,9	226,2	65,6	194,2	
	S	6282		100,6		99,7		85,9		94,5		108,2		100,2		77,1		64,4		
	O	6280		102,2		102,1		85,7		94,9		112,8		101,7		75,7		66,4		
	N	6272	6272	102,7	102,6	102,8	102,2	86,8	86,1	94,8	95,4	112,8	112,6	97,6	99,4	78,2	232,4	67,4	199,2	
	D	6266		102,8		101,7		85,8		96,4		112,2		99,0		78,5		65,4		
	J			103,1		102,7		86,2		95,5		120,7								

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet.

— ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.